

Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen des Abwasserzweckverbandes „Muldental“ (Freiberger Mulde)

(Abwälzungssatzung)

Präambel

Aufgrund des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Abs. 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, sowie des § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, den §§ 8 und 9 Abs. 4 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I S. 114), das zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 22. August 2018 (BGBl. I S. 1327) geändert worden ist und den §§ 7 und 8 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) vom 5. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148, 167), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) § 2 Abs. 2 der Verbandssatzung vom 30. November 2018 (SächsABL. S. 237), zuletzt geändert durch 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Muldental“ (Freiberger Mulde) (Verbandssatzung vom 3. September 2020) (SächsABL. S. 1311), hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Muldental“

(Freiberger Mulde) in ihrer Sitzung am 6. Juni 2023 folgende Neufassung der Abwälzungssatzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Gegenstand der Abgabe
- § 2 Abgabenmaßstab und Abgabensatz
- § 3 Beginn und Ende der Abgabepflicht
- § 4 Abgabenschuldner
- § 5 Entstehung und Fälligkeit
- § 6 Auskunftspflicht und Duldungspflicht
- § 7 Anzeigepflicht
- § 8 Ordnungswidrigkeiten
- § 9 Inkrafttreten

§ 1 Gegenstand der Abgabe

(1) Der Abwasserzweckverband „Muldental“ (Freiberger Mulde), im Folgenden „Verband“ genannt, erhebt eine Abgabe zur Deckung seiner Aufwendungen aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen nach § 9 Abs. 2 des AbwAG in Verbindung mit § 8 Abs. 2 SächsAbwAG. Die Abgabe wird für Grundstücke erhoben, auf denen Abwasser anfällt und in ein Gewässer eingeleitet wird und für dessen Einleitung der Verband anstelle des Einleiters abgabepflichtig ist. Dies sind Einleitungen von im Jahresdurchschnitt weniger als 8 m³/Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnlichem Schmutzwasser in ein Gewässer nach § 3 Nr. 1 bis 3 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5) geändert

worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, (Kleineinleitungen).

(2) Kleineinleitungen bleiben abgabefrei, wenn

1. der Bau und Betrieb der Abwasserbehandlungsanlage mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht (siehe Kleinkläranlagenverordnung) und
2. der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage des Verbandes im satzungsmäßigen Entsorgungsrhythmus zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird (siehe Fäkalienatzung des Verbandes).

§ 2 Abgabenmaßstab und Abgabensatz

(1) Für Grundstücke im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 wird die Abgabe nach der Zahl der auf dem Grundstück behördlich gemeldeten Einwohner berechnet. Maßgebend für die Zahl der Einwohner ist der 30.06. des Kalenderjahres, für welches die Abgabe zu entrichten ist. Dient das Grundstück nicht oder nicht nur Wohnzwecken, wird die Abgabe nach der im Jahresdurchschnitt eingeleiteten Menge des Schmutzwassers berechnet.

Zur Abgabe gehört auch der Verwaltungsaufwand, der durch die Erhebung der Abgabe und bei der Erfüllung der Abgabepflicht entsteht.

(2) Die Abgabe nach § 2 Abs. 1 Satz 1 je Einwohner und Jahr wird nach folgender Formel berechnet:

- Anzahl der Einwohner des Grundstückes x 0,5 x Abgabensatz für Schadeinheit zzgl. Verwaltungsaufwand je Grundstück.

Die Abgabe nach § 2 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt berechnet:

- Menge des jährlich eingeleiteten Abwassers / 40 x 0,5 x Abgabensatz für Schadeinheit zzgl. Verwaltungsaufwand je Grundstück.

(3) Der Abgabensatz beträgt je Schadeinheit 35,79 Euro/Jahr.

(4) Die Kosten für den Verwaltungsaufwand werden gemäß der Satzung zur Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagen zur Erfüllung weisungsfreier Aufgaben des Abwasserzweckverbandes „Muldental“ (Freiberger Mulde) – Kostensatzung vom 27. November 2019 (SächsABL. AAz. S. 865), in der jeweils geltenden Fassung, bestimmt.

§ 3 Beginn und Ende der Abgabepflicht

(1) Die Abgabepflicht entsteht jeweils zu Beginn und endet jeweils mit Ende des Kalenderjahres, für das gegenüber dem Verband die Abwasserabgabe für Kleineinleitungen festgesetzt wurde.

(2) Abweichend von Abs. 1 endet die Abgabepflicht, wenn

1. die Einleitung vom Grundstück entfällt und dies dem Verband schriftlich angezeigt wurde,
2. das Grundstück an das zentrale Abwasser-Netz angeschlossen wird oder
3. die Voraussetzungen gemäß § 1 Abs. 2 eingehalten werden und dies dem Verband schriftlich mitgeteilt wird.

Als Stichtag für das Entfallen der Abgabepflicht wird der 30.06. des jeweiligen Kalenderjahres herangezogen. Das heißt, dass eine Kleineinleiterabgabe für das gesamte Kalenderjahr zu entrichten ist, wenn die Voraussetzungen der Abgabefreiheit nach § 1 Abs. 2 bis einschließlich 30.06. des jeweiligen Kalenderjahres nicht vorliegen.

§ 4 Abgabenschuldner

(1) Abgabeschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld Eigentümer, Erbbauberechtigter oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstücks ist.

(2) Fallen das Eigentum am Grundstück und das an der Bebauung des Grundstücks auseinander, ist Absatz 1 sinngemäß auf die Nutzungsverhältnisse der Bebauung anzuwenden.

(3) Mehrere Abgabenschuldner für dasselbe Grundstück haften als Gesamtschuldner.

(4) Betreiben mehrere Grundstücke eine gemeinsame Grundstücksentwässerungsanlage, dann ist der Eigentümer, Erbbauberechtigte oder dinglich Nutzungsberechtigte des Grundstücks der Abgabenschuldner auf dessen Grundstück sich die Grundstücksentwässerungsanlage befindet.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit

(1) Die Abgabeschuld entsteht jeweils zum Ende eines Kalenderjahres für das Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum).

(2) Die Abgabepflicht entsteht frühestens im 3. Quartal des auf die Einleitung folgenden

Kalenderjahres und wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.

(3) Die Abgabe wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 6 Auskunfts- und Duldungspflicht

(1) Der Abgabeschuldner hat dem Verband zur Prüfung und Berechnung der Abgabeansprüche erforderliche Auskünfte zu erteilen und gegebenenfalls Zutritt zum Grundstück zu gewähren.

(2) Zur Festsetzung der Abgabefreiheit nach § 1 Abs. 2 sind dem Verband geeignete Nachweise (vgl. § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 3) vorzulegen.

§ 7 Anzeigepflicht

Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Verband sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt der Rechtsänderung schriftlich anzuzeigen.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig nach § 6 Abs. 2 Ziffer 2 des SächsKAG handelt, wer:

1. die erforderlichen Auskünfte gemäß § 6 Abs. 1 nicht erteilt,
2. den nötigen Zutritt zum Grundstück gemäß § 6 Abs. 1 nicht gewährt oder
3. der Anzeigepflicht gemäß § 7 nicht nachkommt.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße von bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

§ 9 Inkrafttreten

Die Neufassung der Abwälzungssatzung tritt am 1. Juli 2023 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe aus Kleineinleitungen des Abwasserzweckverbandes „Muldental“ (Freiberger Mulde) (Abwälzungssatzung) vom 19. März 2019 (SächsABL. AAz. S. 291) außer Kraft.

Halsbrücke, den 6. Juni 2023

Andreas Beger

1. stellvertretender Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Abs. 4 SächsGemO

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gilt die vorstehende Satzung, sofern sie unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen ist, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Abs. 3 i. V. m. § 21 Abs. 3 SächsKomZG wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a. die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b. die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.